



Impuls zum 5. Fastensonntag – 3. April 2022

Von Pater Wolfgang Jungheim, pax christi Rhein-Main, Koblenz

Es geht! Gerecht.

Jesus wird der „Ehbrecherin“ gerecht ... Kein Stein, neue Chance.

Männer werfen keinen Stein, verdrücken sich.

Kyrie „nicht gerecht“.

- Patriarch von Moskau: Wir schützen unsere Werte und kämpfen dafür anders als der sündige Westen... Doch was er nicht bedauert: Die Soldaten aus armen Familien müssen kämpfen.
- Der sündige Westen öffnet die Türen für die Flüchtlinge und spendet ... die Helfer packen an ...
- Russische LKW-Fahrer sitzen in Europa fest ... kommen nicht an Geld ... werden auch noch angemacht, diskriminiert als Russen. Ein freiwilliger Helfer gewinnt andere, diese armen Kerle zu schützen und zu versorgen.
- Diese LKW-Fahrer sitzen fest, weil es kein Geld mehr gibt, die Sanktionen sperren ihre Kreditkarten ... fette Oligarchen spart die EU aus von Sanktionen.
„Bei Sanktionen gegen russische Oligarchen verschont die EU Oleg Deripaska. Nach Informationen von Kontraste und "ZEIT" wurde er von einem Entwurf der Sanktionsliste gestrichen. Dabei ist Deripaska Großaktionär eines wichtigen russischen Rüstungskonzerns.“ (Georg Heil, Daniel Laufer, Markus Pohl, Daniel Schmidhäussler, rbb)
- Putin wird dämonisiert ... ist der Aggressor ... ja schlimm schon in Grosny, Syrien.
- Erdogan bombt zur gleichen Zeit wieder in Nordsyrien ... kein Wort.
- Ukrainische Flüchtlinge dürfen mit Familie kommen unkompliziert und Gott sei Dank in der ganzen EU.
- Eritreische Flüchtlinge deren Land eine Kaserne für alle ist, in der alle immer wehrdienstbereit sein müssen, sonst Gefängnis, Strafen, Folter ... So werden noch die meisten bei uns geschützt, aber es dauert Jahre und die Familien sind immer noch nicht zusammengeführt.
- Eritreischer Flüchtling hat wohl von seiner Sozialhilfe Geld in Heimat gegeben und das muss er unserem Staat zurückgeben, aber sein Staat darf ihn für Pässe u.a. verpflichten 2 Prozent seines Geldes an seine Unterdrückerregierung mit Zustimmung unserer Regierung für diese, aber weder der eritreische Staat noch der dies zulassende deutsche Staat muss dies ersetzen.

- Sanktionen gegen Russland schafft Hungersnot in Afrika.
13.03.2022 Globale Auswirkungen Krieg in der Ukraine – Angst in Afrika: In den Ländern Afrikas sind die weltweiten Folgen des Ukraine-Kriegs schon spürbar.
- Aktivist:innen melden erneut Festnahmen bei Protesten in Russland. Die Aktivistengruppe OVD-Info berichtet, dass es in mindestens 14 Städten in Russland erneut Proteste gegen den Krieg gegen die Ukraine gegeben hat, etwa in Wladiwostok und Irkutsk. Mindestens 60 der Teilnehmer:innen seien bislang festgenommen worden.
- Krieg in der Ukraine schürt Ängste in Afrika.
Schon jetzt wirkt sich der Krieg in der Ukraine auf die Versorgung in afrikanischen Ländern aus. Doch ebenso nimmt die Angst zu, Grenzen könnten auch auf dem afrikanischen Kontinent infrage gestellt werden.

Gebet

Herr, erbarme dich

Liebender Gott,

wir danken dir und loben dich für das Geschenk dieser Erde, die du mit Weisheit und Liebe geschaffen hast.

Es erfüllt uns mit Scham, dass wir unserer Verantwortung als Verwalterinnen und Verwalter deiner Schöpfung nicht gerecht wurden. Wir haben die Erde und ihre Schätze ausgebeutet und nur wenige haben davonprofitiert.

Das war unsere Idee von Entwicklung. Vieles, was wir erfunden haben, hat nur wenigen gedient. Der Mehrheit fehlt weiterhin das Nötigste. Vieles wird produziert, erfreut uns nur kurz und wird bald wieder entsorgt.

Wir säen Ungerechtigkeit, denn deine Idee, liebender Vater, ist es, dass alle Anteil haben an den Gaben deiner Schöpfung.

Wir bitten dich, Gott, wandle unsere Herzen!

Es erfüllt uns mit Trauer, dass die, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, am meisten unter den Folgen leiden.

Sie müssen sich anpassen und haben kaum Möglichkeiten dazu.

Diese Ungerechtigkeit schreit zum Himmel.

Öffne unsere Ohren, dass wir den Schrei hören und umkehren auf den Pfad der Gerechtigkeit!

Wir vertrauen darauf, Gott: Auch im Dunkel unserer Zeit gibt es Licht – weil deine Nähe auch die Finsternis erhellt.

Wir danken dir für das Zeugnis vieler Menschen, gerade auch der jungen Generation, die uns wachrüttelt und zu Taten auffordert.

Um all das bitten wir dich, Schöpfergott, durch Jesus Christus, dein menschengewordenes Wort, durch den und mit dem du alles ins Leben rufst in der Kraft des Hl. Geistes.

Gebet v. Bischof B. Pabillo von Manila

Es geht gerecht

Kleines Dorf in Brandenburg nimmt 150 Flüchtlinge auf

Gerade einmal 35 Einwohnerinnen und Einwohner zählt die Siedlung Heimland in Brandenburg. Trotzdem sollen dort 150 Menschen unterkommen, die aus der Ukraine geflüchtet sind. (13.03.2022)

Mehr als 1,7 Millionen Menschen nach Polen geflüchtet

Der polnische Grenzschutz hat gestern weitere 79.800 Menschen registriert, die über die Grenze aus der Ukraine geflüchtet sind. Damit stieg die Zahl der Flüchtlinge, die sich seit Kriegsbeginn in der Ukraine in Polen in Sicherheit gebracht haben auf 1,7 Millionen.

Protestschreiben der Gruppierung "Russen gegen Krieg"

Russinnen und Russen aus dem Kreis Göttingen haben sich zu der Gruppe „Russen gegen den Krieg“ zusammengeschlossen und in einer Erklärung scharfe Kritik an der Invasion in der Ukraine geübt, wie die Nachrichtenagentur epd berichtet. Die Unterzeichner sind nach eigenen Angaben in Russland geboren und als Erwachsene nach Deutschland gekommen. Diesen Krieg „halten wir für ein Verbrechen gegen die ukrainische, aber auch gegen die russische Bevölkerung“, heißt es demnach in dem Statement: Wir sind entsetzt über diesen zerstörerischen Krieg. Wir lehnen Putins Kurs ab. Wir fühlen uns mitverantwortlich, verzweifelt und hilflos, weil wir Putin nicht stoppen können.

Misereor-Projekte

Klima-Fakten

Philippinen

Einwohnerzahl: 107,4 Millionen

Pro Kopf - Emissionen: 2,2t

Betroffene vom Meeresspiegelanstieg bei Erderhitzung von 2°: 7 Millionen Menschen

Bangladesch

Einwohnerzahl: 167,3 Millionen

Pro Kopf-Emissionen: 1,8t

Betroffene vom Meeresspiegelanstieg bei Erderhitzung von 2°: 12 Millionen Menschen

Deutschland

Einwohnerzahl: 83,1 Millionen

Pro Kopf-Emissionen: 9,4t

Betroffene vom Meeresspiegelanstieg bei Erderhitzung von 2°: 2 Millionen Menschen

Informieren Sie sich über Thema und Land der Fastenaktion

Story von den Philippinen...

Bürgerschaftliches Engagement ist zentral, damit Städte eine transformative Kraft entfalten können. Dies ist die Stärke der Organisation Pagtambayayong. Darauf aufbauend arbeitet Pagtambayayong an einer Klimastrategie, um die Stadt Cebu sozial gerecht und klimafreundlich zu gestalten.



©Jacqueline Hernandez/ MISEREOR

„Bambus als Strategie für die Anpassung an den Klimawandel“

„In Zusammenarbeit mit der Pagtambabayayong Foundation nehmen wir seit 2015 an Urban Gardening-Wettbewerben teil und haben tatsächlich 2016 und 2017 den ersten Platz gewonnen“, erzählt die leidenschaftliche Gärtnerin mit strahlenden Augen. (Lucia Alcover)

Story aus Bangladesch...

BARCIK (Bangladesh Resource Center for Indigenous Knowledge) arbeitet mit Klimaflüchtlingen in Dhaka und unterstützt sie dabei, ein würdiges Leben in der Stadt zu entfalten. Barcik kennt die Lebenssituation in den Herkunftsregionen der Menschen, und kann daher direkt anknüpfen und dabei mithelfen, dass die Betroffenen ihr Selbstwertgefühl stärken und die neue Lebenssituation meistern.

©K"Wir sind die Zukunft"

„Seitdem ich BARCIK kenne, kann ich endlich meine vielen Fragen stellen und viel über die wichtigen Dinge des Lebens lernen. Wir wurden über unsere Rechte aufgeklärt, über den Klimawandel und seine Ursachen sowie über die Gefahren, denen wir durch potentielle Naturkatastrophen ausgesetzt sind und wie wir mit diesen Gefahren umgehen können.“ (Borsha Moni)

Story von den Philippinen...

IDIS (Interfacing Development Interventions for Sustainability) ist mittlerweile eine Referenzorganisation für urbane ökologische Fragestellungen wie nachhaltige Mobilität und für „Grün in der Stadt“. Mit diesen Themen begeistert IDIS auch junge Menschen, sich für ökologische und klimagerechte Entwicklungen in ihrer Stadt engagieren.

„Ich werde Green Panda genannt“

„Für Klimagerechtigkeit einzutreten ist eine harte und inspirierende Sache. Hart, weil man gegen große Persönlichkeiten und Konzerne kämpfen [...] muss [...]. Inspirierend, weil es viele Bewegungen gibt, die sich lokal und global für Klimagerechtigkeit einsetzen [...]“ (Mark Penalver, IDIS)

Meditation zum Leitwort der Misereor-Fastenaktion 2022

Es geht! Gerecht.

Andreas Paul, Referent für Bildungs- und Pastoralarbeit, MISEREOR Aachen

Ich bin der Boden
der dich trägt

Ich bin die Luft
die dich umgibt
Du bist ein Teil von mir

Ich bin gestresst
bin ausgelaugt
Du bist ein Teil von mir

Ich gebe
Ich nehme
Du bist ein Teil von mir

Ich leide
Ich schreie
Du bist ein Teil von mir

Du
Und er
Und sie
Ihr alle seid ein Teil von mir
Ihr habt alle einen Platz
Ihr seid alle miteinander verbunden

Ich bin euch Mutter
Ich bin euch Lebensraum
Ihr alle seid ein Teil von mir

Heilt meine Wunden
Stillt meinen Schmerz
Nehmt euch nicht mehr, als ihr braucht.
Es geht! Gerecht.

Friedensgedanke

www.derappell.de #derappell HET БОЙНЕ – Nein zum Krieg!

Demokratie und Sozialstaat bewahren statt Hochrüstung ins Grundgesetz!

Am 24. Februar überfiel Russland unter Präsident Wladimir Putin die Ukraine. Schon jetzt hat dieser Krieg Tausende Opfer gefordert und Hunderttausende die Heimat gekostet.

Dieser Krieg ist durch nichts zu rechtfertigen. Putin trägt die volle Verantwortung für die Toten und die Menschen auf der Flucht. Putins Begründungen für den Krieg sind Lügen und Propaganda.

Wir machen uns große Sorgen über die Zukunft von Frieden und Sicherheit in Europa und der Welt. Diese Angst verbindet uns mit den Hunderttausenden Menschen, die nach Beginn des Krieges allein in Köln, Berlin, München, Frankfurt, Hamburg und Hunderten anderen Städten auf die Straße gingen und dort ihrer Empörung über Putins Krieg, ihre Solidarität mit der ukrainischen Bevölkerung, ihrer Angst vor einer weiteren Eskalation

und ihrem Wunsch nach Frieden und Sicherheit Ausdruck verliehen. Mit ihnen gemeinsam haben wir gegen Putins Krieg und für Frieden demonstriert.

Diese Demonstrationen waren die größten Friedensdemonstrationen seit den Protesten gegen den Irakkrieg im Jahr 2003. Noch am selben Tag, an dem in Berlin die Menschen gegen den Krieg auf die Straße gingen, präsentierte die Bundesregierung mit Unterstützung der CDU/CSU ein Maßnahmenpaket, das die größte Aufrüstung Deutschlands seit Ende des Zweiten Weltkriegs vorsieht. Eine massive Hochrüstung der Bundeswehr hilft den Menschen in der Ukraine nicht. Die neu anzuschaffenden Waffen werden die Ukrainer:innen in ihrem Kampf und Recht auf Selbstverteidigung nicht unterstützen.

Schon jetzt übersteigen die „Verteidigungsausgaben“ aller 30 NATO-Staaten die russischen um fast das Zwanzigfache. Die Anschaffung von konventionellen Waffen wie Kampfflugzeugen und bewaffnungsfähigen Drohnen als Abschreckung unter atomaren Militärblöcken ist sinnlos. Die NATO-Länder und auch Deutschland haben schon vor 2014, das heißt lange bevor es den Ukraine-Konflikt gab, begonnen, ihre Rüstungsausgaben deutlich zu steigern. Teile der Hochrüstungspläne finden sich schon im Koalitionsvertrag, weit vor den ersten Warnungen vor einer bevorstehenden russischen Invasion. Dieser Krieg und die fürchterlichen Bilder der Toten und Zerstörungen in der Ukraine können jedoch eine radikale Kursänderung in der deutschen Außenpolitik und die höchste Steigerung der deutschen Rüstungsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg – gar durch eine Grundgesetzänderung – nicht rechtfertigen.

Eine solche Wende der deutschen Außenpolitik um 180 Grad, mit entsprechend dramatischen Folgen auch für die Innenpolitik – für den Sozialstaat, für Liberalität und Mitmenschlichkeit – ganz ohne breite gesellschaftliche Debatte, ohne parlamentarische, ja sogar ganz ohne innerparteiliche Debatte zu beschließen, wäre ein demokratiepolitischer Skandal.

Zusätzlich zu den bisherigen 49 Milliarden Rüstungsausgaben im Haushalt 2022 sollen noch in diesem Jahr 100 Milliarden als Sondervermögen eingestellt werden, das der Bundeswehr über mehrere Jahre zur Verfügung stehen soll. Diese Summe entspricht den Ausgaben mehrerer Bundesministerien, darunter so wichtige Ressorts wie Gesundheit (16,03 Mrd.), Bildung und Forschung (19,36 Mrd.), Innen, Bau und Heimat (18,52 Mrd.), Familie, Senioren, Frauen und Jugend (12,16 Mrd.), Wirtschaft und Energie (9,81 Mrd.), Umwelt (2,7 Mrd.), Zusammenarbeit und Entwicklung (10,8 Mrd.) sowie Ernährung und Landwirtschaft (6,98 Mrd.). Zukünftig sollen dann dauerhaft 2% des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung ausgegeben werden. Damit würden diese Ausgaben auf deutlich über 70 Milliarden Euro jährlich steigen. Gleichzeitig will die Bundesregierung an der „Schuldenbremse“ festhalten, was langfristig die Frage unserer demokratischen Prioritäten aufwirft und die Gefahr massiver Kürzungen im sozialen, im kulturellen, im öffentlichen Bereich mit sich bringt. Diese politische Weichenstellung, zusätzlich mit einer Grundgesetzverankerung auch für zukünftige Regierungen verpflichtend zu machen, lehnen wir im Namen der Demokratie ab. Nicht Hochrüstung, sondern Sicherheit und soziale Gerechtigkeit sind Auftrag des Grundgesetzes.

Wir fordern statt Entscheidungen, die quasi über Nacht und im kleinsten Kreis getroffen werden, die breite demokratische Diskussion über ein umfassendes Sicherheitskonzept, das die Sicherheit vor militärischen Angriffen genauso einschließt wie pandemische und ökologische Aspekte und dem das Konzept der Einheit von Sicherheit und gemeinsamer Entwicklung zugrunde liegt.

Wir sind konfrontiert mit Krieg und unendlichem Leid, mit Flucht, mit Armut und sozialer Unsicherheit, mit einer globalen Pandemie, die aufgezeigt hat, wie unsere Gesundheitssysteme auf Kante genäht sind, mit einer öffentlichen Infrastruktur, deren jahrzehntelange Vernachlässigung uns heute teuer zu stehen kommt, einer Kulturszene, die auf dem Zahnfleisch geht, und mit einer Klimakatastrophe, die genauso wenig vor Staatsgrenzen Halt macht und immense Investitionen in Zukunftstechnologie und soziale Abfederung

erforderlich macht. Die auf Jahrzehnte geplante Hochrüstung beendet das Sterben in der Ukraine nicht, macht unsere Welt nicht friedlicher und nicht sicherer. Wir können sie uns im Namen der Zukunft nicht leisten.

Bundeshaushalt wird Bedrohungen für Frieden noch nicht gerecht forumZFD fordert vom Bundestag mehr Mittel für zivile Krisenprävention

Köln, 22.03.2022. Zum Beginn der Haushaltsberatungen im Deutschen Bundestag fordert das forumZFD Korrekturen am Finanzplan für das Jahr 2022, den die Bundesregierung vergangene Woche vorgelegt hat.



© Dassel-Prague, CC0 Creative Commons

„Mit diesem Finanzplan wird die Bundesregierung den großen Friedensbedrohungen nicht gerecht. Die aktuellen Krisen und Kriege von Afghanistan, der Sahelregion, dem Nahen Osten oder dem Jemen bis hin zur Ukraine erfordern dringend mehr Einsatz für zivile Konfliktbearbeitung und humanitäre Hilfe. Doch die Bundesregierung will die Mittel für den Zivilen Friedensdienst, Krisenprävention und humanitäre Hilfe nicht erhöhen. Die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit sollen sogar um mehr als zwölf Prozent im Vergleich zum Vorjahr sinken. Wir fordern die Abgeordneten des Deutschen Bundestages auf, in ihren Haushaltsberatungen diese falsche Weichenstellung zu korrigieren und die Mittel für zivile Krisenprävention und Entwicklungszusammenarbeit den Bedarfen entsprechend deutlich zu erhöhen“, erklärt der forumZFD-Vorsitzende Oliver Knabe.

Der Zivile Friedensdienst sollte um mindestens zehn Millionen Euro auf 65 Millionen Euro aufgestockt werden, um dem wachsenden Bedarf für mehr Friedensarbeit angesichts der Klimakrise, der Verwerfungen infolge der Corona-Pandemie und des Angriffskrieges gegen die Ukraine zu begegnen. Entsprechend sollten auch die Mittel in den Etats des Auswärtigen Amtes und des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in von Krisen und Konflikten betroffenen Ländern deutlich erhöht werden.

Das forumZFD kritisiert zudem die geplante Erhöhung der Verteidigungsausgaben und das angekündigte Sondervermögen für die Bundeswehr in Höhe von 100 Milliarden Euro. Die Verteidigungsausgaben wurden bereits in den letzten Jahren deutlich erhöht, ohne dass die Politik debattiert und entschieden hat, welchen Auftrag die Bundeswehr in Zukunft erfüllen soll und wofür in Zukunft militärische Mittel eingesetzt werden sollen. Vor diesem Hintergrund fordert das forumZFD, das Versprechen aus dem Koalitionsvertrag zur umfassenden Aufarbeitung des Afghanistaneinsatzes einzulösen.